

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1.50 Mk., vierteljährlich 4.50 Mk. — Preis und Verlagsbedingungen finden pro Seite 25 Pf. — Bezahlungsbedingungen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Honsmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bonn, Biemelgasse 38-42, Telefon-Nr. 93 u. 39, Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bonn.

Steine statt Brot?

Die Wahlrechtskommission des Preussischen Landtages hat auch in zweiter Lesung am 11. April das gleiche Wahlrecht abgelehnt! Nicht ein einheitliches, gleiches Wahlrecht soll das Volk erhalten, sondern es soll nun sogar ein achtstufiges eingeführt werden. Das ist der Wille der konservativ-industriell-nationalliberalen Volksrechtsfeinde im preussischen Dreiklassenparlament.

Der Regierungsvorschlag entspricht auch schon nicht der alten Volksforderung: gleiches Wahlrecht. Er beläßt es bei der großen Ungleichheit der Wahlkreise; er will das Wahlrecht auch nur solchen, mindestens 25 Jahre alten Männern geben, die wenigstens drei Jahre die preussische Staatsangehörigkeit besitzen und mindestens ein Jahr in dem betr. Wahlkreis oder -Bezirk wohnhaft sind. Bei dem Aufruf zur Landesverteidigung hat man darauf nicht geachtet. Die Wohnpflicht wird vielen zehntausenden Proletariern das Wahlrecht nehmen, denn sie müssen dort wohnen, wo sie gerade Arbeit finden. Ein dadurch notwendig gewordener Umzug kann den Proletarier leicht wahlrechtlos machen.

Das genügt aber den verbissensten Feinden jeder Erweiterung der Volksrechte noch lange nicht. Sie wollen außerdem ein Wahlgesetz, durch welches „Vest und Bildung“, abermals der Geldsack vor den Menschen, bevorzugen wird. Der in Kriege arm gebliebene oder verarmte Soldat soll von dem kriegsgewinnmachenden Heimkrieger überstimmt werden. Der heillos oder verarmte Arbeiter, Beamte und Kleinhandwerker soll weniger Wahlrecht haben als der durch Wasser reich gewordene Schieber. Und der in seiner Erwerbsfähigkeit dauernd schwer heruntergekommene, vermögenslose Kriegsbeschädigte soll in die unterste Wählerklasse versetzt werden!

So wollen die Volksfeinde unsere tapferen Volksgenossen im Waffenrod „belohnen“ für ihre heldenmütige Aufopferung.

Würde das Wahlklassenwahlrecht mit seiner stärksten Bevorzugung des agrarischen und industriellen Großbesitzes Gesetzeskraft erlangen, dann könnten sich auch die Bergarbeiter mit ihrer Hoffnung auf eine gründliche Bergarbeiterschutzgesetzgebung und Knappheitsreform verabschieden lassen! Unsere Kameraden wissen, daß ihnen das preussische Dreiklassenparlament immer wieder weiße Salbe statt wirkliche Reformen, immer wieder Steine statt Brot gegeben hat. In dem Wahlklassenparlament würden die Forderungen der Bergarbeiter auch keine Mehrheit finden. Ein gründlicher Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens tut aber den Bergarbeitern nach den schweren Opfern und Entbehrungen dieser Kriegszeit bitter not.

Deshalb muß ausgesprochen werden: Die Wahlrechtsreform mindestens in dem Maße wie sie die Regierung selbst vorschlägt, ist eine spezielle Lebensfrage der gesamten Bergarbeiter!

Darin sind sich alle gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen einig. Auch mit Rücksicht auf die angekündigten und nun von der Reichsregierung zum Teil mitgeteilten ungeheuren neuen Steuerlasten schrieb der Vorsitzende des christlichen Gewerkevereins, Landtagsabgeordneter Vogelsang, in seiner Broschüre: „Gefährliche, Verfassung und Verwaltung des Gewerkevereins christl. Bergleute“ folgendes:

„Da aber die Steuern in den Parlamenten gemacht werden, haben wir infolgedessen ein großes Interesse an einem freichheitlichen Wahlrecht zu den deutschen Parlamenten...“

Also auch die Steuer-, die ja im Grunde genommen die Fragen sind, zwingen den Arbeiter, sich den ihm gebührenden

Einfluß in den Parlamenten (Reichstag, Landtage, auch Gemeindeparlamente) zu verschaffen.

Der Hirsch-Bundische Gewerksverein und die polnische Berufsvereinigung der Bergleute stehen ebenfalls auf diesem Standpunkt. Die während des Krieges oft bewährte Arbeitergemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände ist sich einig in der Forderung des gleichen Wahlrechts zum preussischen Landtag, wofür auch zahlreiche Rundgebungen der Fachorgane Zeugnis ablegen.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ schreibt noch in seiner letzten Ausgabe:

„Alle Schichten des deutschen Volkes, und die unteren am meisten, haben ihre Blutzöpfe in diesem Kriege gebracht und damit Anspruch darauf, über die Geschicke des Vaterlandes in voller Gleichberechtigung mitzubestimmen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es unter keinen Umständen zugeben, daß sie um den Preis ihrer Opfertaten betrogen wird!“

Diesen Betrug beobachteten aber die Volksrechtsfeinde im preussischen Dreiklassenparlament. Ihre Zahl ist nur wenig im Vergleich zu den gewaltigen Volksmassen, die das gleiche Wahlrecht wollen. Sinter dieser Forderung stehen ja nicht nur die Arbeitermassen und die gewaltige Mehrheit der Angestellten und Beamten, sondern auch weite Kreise der „Besitzenden und Gebildeten“. Vürgererschaft, wahrlich auch sogar die meisten unserer hervorragenden Wissenschaftler haben sich für das gleiche Wahlrecht erklärt. Es ist im höchsten Maße eine Volksfrage geworden!

Nur eine dünne Schicht, hauptsächlich die Angehörigen und Vertreter des landwirtschaftlichen und industriellen Großunternehmertums, ist gegen das Volksrecht, sogar gegen die Regierungsvorlage. Diese kleine Minderheit will ihren Willen durchsetzen, will das Volksrecht bergewaltigen! Diese großkapitalistische Gruppe, bekannt auch wegen ihrer ständigen Scherfmaderei gegen die um die Erhaltung des Reiches und Staates hochverdienten Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen, will in den nächsten Tagen im Dreiklassenparlament den härtesten Trumpf gegen das Volk anspielen. Dieses Volk soll so um den Preis seiner Opfertaten betrogen werden.

Was die Regierung tun wird, wenn die Volksrechtsfeinde das gleiche Wahlrecht auch in der entscheidenden Abstimmung ablehnen, wissen wir noch nicht. Entschreit sie zur Auflösung des Landtages, dann vertritt es sich von selbst, das gerade die Massen der Bergarbeiter zur Neuwahl anzuregen, die bei unerschütterlicher Sturmfront gegen die Volksrechtsfeinde! Diese müssen durch die Neuwahlen so zusammengehauen werden, daß sie auch im Dreiklassenparlament kein Unheil mehr anrichten können.

Bergarbeiter, macht euch bereit zum Kampf für euer Wahlrecht! Es ist keine Parteifrage mehr, sondern eine Volksfrage. Wie schwierig auch der zu erwartende Wahlkampf sein mag, das Volk wird Sieger sein, denn es kämpft für Gerechtigkeit, gegen hohndolles Unrecht.

Macht euch bereit! Auch für diesen Kampf hat die beste Organisation die größten Erfolgsaussichten. Darum holt jetzt mit verdoppeltem Eifer die noch Launen und Unwissenheiten heran. Kein Bergarbeiter darf mehr unorganisiert sein, oder er muß sich als ein Knecht behandeln lassen wollen. Schlagt die Werbetrommel in Stadt und Land! Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Macht euch bereit zum Kampf für das Volksrecht! Oder wollt ihr wieder Steine statt Brot erhalten?

Eine Lohneingabe und ihre Beantwortung.

Beauftragt von den Arbeiterausschüssen und Belegschaften der fiskalischen Bergwerke, hatten die obersteinsten Bezirksleitungen der Bergarbeiterverbände eine Eingabe an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gerichtet, worin das berechnete Verlangen der Arbeiter nach Lohnaufbesserungen begründet war. In der Eingabe wurden die Verhältnisse der einzelnen Arbeiterkategorien erwähnt und zusammenfassend der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Löhne auf den fiskalischen Bergwerken in Obersteinsten dringend einer Aufwärtsentwicklung bedürftig seien. Der Herr Minister wurde darum ersucht, zu einer Reformierung der Lohnverhältnisse unter Berücksichtigung nachfolgender Grundsätze Veranlassung zu geben:

1. Es ist das Gebilde der Säuer derart zu gestalten, daß bei normaler Arbeitsleistung ein Lohn nicht unter 12,50 Mark pro Schicht, ausschließlich der 30.- Mark Feuerungszulage, die als Regelmäßigkeitsprämie gezahlt wird, verdient werden kann.
2. Der Forderung zu 1. entsprechende Erhöhung des Bedingens bzw. Lohnes für Hüller, Schleppler und Wagenführer. So daß die Löhne dieser Kategorie im bisherigen Verhältnis zu dem Säuerverdienst bleiben.
3. Werden Säuer im Schichtlohn beschäftigt, so ist ihnen ein Lohn von nicht unter 10 Mark, ausschließlich der Feuerungszulage zu zahlen.
4. Für alle über und unter Tage beschäftigten Arbeiter, Handwerker und Arbeiterinnen, einschließlich der jugendlichen Arbeiter, ist der Lohn um 25 Prozent zu erhöhen.
5. Die Kinderbeihilfe ist außer den vorstehenden Löhnen in der bisherigen Weise weiter zu zahlen.

Auf diese Eingabe liegt nunmehr die Antwort der königlichen Bergwerksdirektion, die im Auftrage des Herrn Ministers erteilt wurde, vor. Sie hat folgenden Wortlaut:

Königliche Bergwerksdirektion, Sindenburg, den 5. April 1918
Geschäfts-Nr. I. 8251.

Auf die an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gerichtete gemeinschaftliche Eingabe vom 4. März d. J. erwidern wir Ihnen im Auftrage des Herrn Ministers folgendes:

Die Löhne der Bergleute auf den staatlichen Steinkohlenbergwerken des hiesigen Reviers zeigen eine ständig auffällige Abnahme. Eine vorübergehende Störung in der Aufwärtsbewegung im Monat Januar, die ihre Ursache in dem damals besonders großen Wagenmangel hatte, ist schon im Februar überwunden worden.

Vom 1. März ab haben wir, wie der Regierstellungsplan inzwischen bekannt geworden sein dürfte, eine Erhöhung der Regelmäßigkeitsprämien für verheiratete männliche Arbeiter auf 35.- Mark, für unverheiratete auf 30.- Mark, für jugendliche auf 18.- Mark, für weibliche Arbeiter auf 22.- Mark, und eine Erhöhung der Kinderzulage auf 6.- Mark je Kind einzusetzen lassen. Die Wirkung dieser Erhöhungen, die bei männlichen verheirateten Arbeitern bei der Durchschnittslohn von 3-4 Kindern einer Aufbesserung des Lohnes um etwa 35 Pf. für die Schicht gleichkommt, wird sich bei der nächsten Lohnzahlung zeigen. Bei der Gewährung der Regelmäßigkeitsprämien und der Kinderzulagen wird, wie bisher das weiteste Entgegenkommen geübt werden.

Außer diesen Zulagen werden die Bedingens- und Schichtlöhne der einzelnen Arbeiter dauernd überprüft und reguliert. Wenn trotzdem einzelne Leute auch in der Klasse der Säuer zeitweilig unter dem Durchschnitt verdienen, so handelt es sich fast ausschließlich um ältere Arbeiter, die nicht mehr voll leistungsfähig sind, zum Teil auch um ihren Wunsch bei leichteren Arbeiten beschäftigt werden. Die Behauptung der Eingabe, daß der Prozentsatz der Säuer mit unzureichenden Löhnen auf den staatlichen Gruben auffallend hoch sei, findet in der fernam geführten Statistik keine Stütze.

Die Löhne der Wagenführer, besonders aber der Handwerker, haben im März wesentliche Erhöhungen erfahren. Auch die übrigen Arbeiterklassen sind aufgebessert worden. Eine angemessene Spannung zwischen den ungelerneten Tagearbeitern und den Grubenarbeitern muß jedoch bestehen bleiben, um die eigentliche Bergmannsarbeit nicht zu entwertet. Diese Spannung nicht zu groß zu werden, wird dadurch erreicht, daß die Leistungen zur Tagearbeit nach immer zahlreicher eingehen, als zur Beschäftigung unter Tage.

Die Bergarbeiterkategorien werden auch weiterhin nicht unterlassen, die Löhne mit den Zeitverhältnissen in Einklang zu bringen und sie eriorbedienfalls weiter erhöhen. Wenn es auch ausgeschlossen ist, die am Schlusse Ihrer Eingabe vorgeschlagenen Grundsätze bei der Lohnbemessung zu erfüllen (s. B. geben die dort für die Säuer vorgeschlagenen Durchschnittslöhne erheblich über das Endgehalt der Betriebsbeamten hinaus), so wird doch der Wunsch nach einer weiteren Aufwärtsentwicklung im Rahmen des igtentlic Erreichbaren bei uns und den Berginspektionen stets volle Berücksichtigung finden.

Wir stellen anheim, hieron den mitunterzeichneten Berufsvereinigungen Kenntnis zu geben.

Die Bemerkung, daß eine vorübergehende Störung in der Aufwärtsbewegung der Löhne im Januar eingetreten war, ist

nicht zutreffend genug. Sorgfältige Beobachtung der Lohnentwicklung brachte uns zu der Ueberzeugung, daß nicht nur eine Störung, sondern eine Lohnminderung eingetreten war. Eine kurze Störung in der Aufwärtsbewegung wäre unter Berücksichtigung des Umstandes, der sie veranlaßt haben sollte, entschuldbar gewesen. Aber unerträglich ist in der Zeit der unerhörtesten Verleugung eine Abwärtsbewegung. Das Haushaltungsbudget der Bergarbeiterfamilien ist längstens aus dem Gleichgewicht und verliert bei Lohnminderung des Verdieners jeden Halt. Die wirtschaftliche Verarmung fennit dann keine Grenzen mehr. Darum müssen jetzt und auch in der ferneren Zukunft Lohnminderungen unter allen Umständen verhütet werden.

Gern nehmen wir Kenntnis von der Erhöhung der Feuerungszulagen und Kinderprämien. Nach unserer Ueberzeugung hätten sie aber reichlicher sein dürfen. Doch wollen wir nicht lange darüber rechten, weil die königliche Bergwerksdirektion weiter befindet, daß außer diesen Zulagen die Bedingens- und Schichtlöhne der einzelnen Arbeiterklassen dauernd überprüft und reguliert werden, was wohl bedeuten soll, daß dort wo es nötig erscheint, Erhöhungen eintreten sollen. Die Behauptung, daß es sich fast nur um ältere Leute aus der Klasse der Säuer handelt, die zeitweilig unter dem Durchschnitt verdienen, wird die königliche Bergwerksdirektion als unrichtig zurücknehmen müssen, wenn sie das Alter der 15 Säuer, die in der Eingabe der Revierdirektion namentlich angeführt waren und die sämtlich auf dem Bismarckschacht-Schicht beschäftigt sind, nachprüft. Die genannten 15 Säuer, und Leute mittleren Alters. Sie hatten zusammen in den Monaten Dezember 1917, und Januar 1918, 803 Schichten, oder jeder einzelne 53 1/2 Schicht verfahren. Weil man uns nicht entgegen konnte, daß es sich nur um unregelmäßig arbeitende Leute handelt, und sie deshalb wenig verdient hätten, kommt man uns mit der Erklärung, von wegen vorgerückten Alters. Das Gesamtverdienst dieser Leute, einschließlich der Prämien und Zulagen, betrug in 803 Schichten 6801,47 Mark, oder 8,47 Mark je Schicht. Der Durchschnittslohn der Säuer betrug im Gesamtverdienst nach der amtlichen Lohnstatistik im 4. Quartal 1917 9,41 Mark. Hoffentlich werden die Bedingens der Leute nun überprüft und reguliert, so daß ihr Lohn nicht mehr so sehr unter dem Gesamtdurchschnitt steht.

Erfreulich ist die Mitteilung, daß die Löhne der Wagenführer, besonders aber der Handwerker, im März wesentlich erhöht sein sollen. Die Löhne der Handwerker waren sehr unzeitgemäß und darum dringend erhöhungsbedürftig. Welche Wirkung die gemachte Zulage hat, muß abgewartet werden.

Die königliche Bergwerksdirektion bezeichnet es als ausgeschlossen, daß die in der Lohnneingabe vorgeschlagenen Grundlätze bei der Lohnbemessung erfüllt werden könnten, weil die für die Säuer vorgeschlagenen Durchschnittslöhne erheblich über das Endgehalt der Betriebsbeamten hinausgehen würde. Dieser Grund ist wenig stichhaltig. Wir haben keine Ueberflucht, in welcher Höhe sich das Gehalt der Betriebsbeamten bewegt. Wenn aber die Säuer bei dem geforderten Durchschnittslohn erheblich über das Endgehalt dieser Beamten hinauskommen sollten, dann ist damit nur bewiesen, daß diese Gehälter auch erhöhungsbedürftig sind. Gern nehmen wir Kenntnis von der Zusicherung der königlichen Bergwerksdirektion, daß der Wunsch nach einer weiteren Aufwärtsentwicklung im Rahmen des Erreichbaren bei den Bergwerkseinkommern stets volle Berücksichtigung finden soll.

Lohnerhebung auf Vittoria.

Auf Jede Vittoria in Linen wurde für Januar 1918 eine Lohnerhebung vorgenommen, welche 1144 Belegschaftsmitglieder umfaßte. Davon waren 616 Säuer und Lehrhauer, 270 Reparaturbauer, 149 Schleppler, 67 Tagearbeiter und 12 Frauen. Die durchschnittliche Zahl der Belegschaft auf Vittoria betrug 1915: 1987, und wird seitdem jedenfalls zurückgegangen sein. Aber selbst wenn sie gleich geblieben ist, umfaßt die Lohnerhebung 57,6 Prozent der Belegschaft und gefaltet somit einen guten Einblick in die Lohnverhältnisse. Nach der Lohnerhebung betragen Schichtenzahl und Lohnsumme nach Abzug aller Arbeitskosten und Versicherungsbeiträge der

| | Schichtenzahl | | Lohnsumme in Mark | | |
|------------------------|---------------|----------|-------------------|----------|-------------|
| | insgesamt | pro Kopf | insgesamt | pro Kopf | pro Schicht |
| 646 Säuer u. Lehrhauer | 13 458,50 | 20,83 | 150 950,52 | 233,07 | 11,22 |
| 270 Reparaturbauer | 6 076,25 | 22,50 | 50 545,81 | 187,21 | 8,32 |
| 149 Schleppler | 2 650,25 | 19,86 | 13 378,33 | 89,77 | 4,52 |
| 67 Tagearbeiter | 1 493,75 | 22,30 | 7 500,74 | 111,95 | 5,02 |
| 12 Frauen | 235,00 | 19,58 | 895,95 | 74,66 | 3,51 |

1144 Zusammen 24 222,75 21,17 223 268,85 195,17 9,22

Die verhältnismäßig niedrige Schichtenzahl ist darauf zurückzuführen, daß die Belegschaft im Januar 1918 ausständig war. Daß dieser Zustand nicht aus Uebermut hervorgerufen wurde, sondern andere Ursachen hatte, zeigt schon vorstehende Zusammenstellung. Den Verhandlungsvorständen ist von verantwortlicher Stelle zugesichert worden, daß der Durchschnittslohn für Säuer und Lehrhauer schon im November 1917 im Ruhrgebiet 12 Mark pro Schicht betragen sollte. Auf Vittoria betrug derselbe im Januar 1918 nur 11,22 Mark für 646 Säuer und Lehrhauer. Auch der Durchschnittslohn der übrigen Belegschaft ist nach der vorstehenden Zusammenstellung unerbärmlich niedrig. Das ergibt sich noch besser aus der nachstehenden Zusammenstellung, wonach verdienten:

| | Säuer und Lehrhauer | Reparaturbauer | Schleppler | Tagearbeiter | Frauen |
|--------------------|---------------------|----------------|------------|--------------|--------|
| 3 Mk. und weniger | — | — | 8 | 21 | 1 |
| über 3 bis 4.- Mk. | — | — | 57 | 4 | 7 |
| " 4 " 5.- " | 1 | 4 | 50 | 4 | 4 |
| " 5 " 6.- " | 1 | 4 | 24 | 10 | — |
| " 6 " 7.- " | 4 | 20 | 7 | 21 | — |
| " 7 " 8.- " | 5 | 79 | 6 | 6 | — |
| " 8 " 9.- " | 88 | 98 | 6 | 1 | — |
| " 9 " 10.- " | 50 | 44 | — | — | — |
| " 10 " 11.- " | 170 | 16 | — | — | — |
| " 11 " 12.- " | 187 | 5 | — | — | — |
| " 12 " 13.- " | 118 | — | — | — | — |
| " 13 " 14.- " | 45 | — | — | — | — |
| " 14 " 15.- " | 16 | — | — | — | — |
| " 15 " 16,07 " | 2 | — | — | — | — |

Für 646 Säuer und Lehrhauer verdienten demnach 4,52 Mark und weniger und nur 181 über 12 Mark, von dem übrigen

Teil der Belegschaft ganz zu schweigen. Wie groß die Lohnunterschiede sind, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung, wonach betrug:

Table with 4 columns: Beruf, Durchschnittslohn, Niedrigstlohn, Spannungsunterschied in Prozent. Rows include Gauer und Lehrhauer, Reparaturhauer, Schlepper, Tagesarbeiter, Frauen.

Selbst wenn es sich bei denjenigen, welche den Niedrigstlohn verdienen, um ganz junge, ungenügende Kräfte handelt, bleiben Lohnspannungen von 85,15-309,18 Prozent doch unerträglich. So und ähnlich steht es aber auf allen Stufen. Und da wandert man sich, wenn die Nutzungsbedürfnisse unter der Arbeiterschaft immer größer wird. Die vorstehenden Angaben geben zu denken. Sie beweisen, wie notwendig eine Reform der bestehenden Lohn- und Gebühnverhältnisse an Haupt und Gliedern ist.

Lohnkontrolle.

Den Interessen der Bergleute würde es außerordentlich dienen, wenn die Unbilligkeit der bestehenden Lohn- und Gebühnverhältnisse nachgewiesen werden könnte. Natürlich ist das nur möglich, wenn diese Arbeit nicht einzelnen überlassen bleibt, sondern alle mithelfen. Einzelne können diese Arbeit nicht bewältigen.

Welche Arbeit dabei zu bewältigen ist, kann sich jeder an dem vorstehenden Beispiel von Viktoria klar machen. Die Urverträge bildeten die Auszüge aus den Lohnbüchern von 1144 Belegschaftsmitgliedern. Die Lohnbücher mußten zunächst gesammelt und die Auszüge gemacht werden. Dann mußte nachgeprüft werden, ob die Berechnung der Abzüge beim Ausziehen richtig erfolgt war. Wenn die Nachprüfung in jedem Fall nur eine Minute erforderte, so waren dazu gut 19 Stunden notwendig. Wenn die Berechnung des pro Schicht verdienten Lohnes ebenfalls in jedem Fall nur eine Minute erforderte, so waren dazu nochmals gut 19 Stunden notwendig. Die Nachprüfung der Abzüge und die Berechnung des pro Schicht verdienten Lohnes erforderte also danach schon gut 38 Stunden. Für die Berechnung der Schichtzahl insgesamt und pro Schicht, sowie der Lohnsumme insgesamt, pro Kopf und pro Schicht, für die Staffierung nach Lohnhöhe und die Ermittlung des Höchst- und Niedrigstlohnes, sowie der Lohnspannung waren weiter mindestens 12 Stunden erforderlich. Die Bearbeitung und Berechnung der Unterlagen erforderte danach schon mehr als 50 Stunden, ungerechnet die Zeit, welche zur Beschaffung und Zusammenstellung derselben notwendig war.

Nun mögen unsere Leser einmal die Probe aufs Exempel machen. Sie werden sich dann leicht überzeugen, daß die Zeit von 50 Stunden für gewöhnliche Arbeiter viel zu knapp bemessen ist. Um eine solche Arbeit zu bewältigen. Nur außerordentlich gute Rechner werden in dieser Zeit eine solche Arbeit bewältigen können. Hinzu kommt dann noch die Zeit, welche das Sammeln der Lohnbücher, Ausziehen usw. erforderte.

Wir führen das alles nur an, um zu zeigen, wie ungemein schwer es ist, nutzbringende und zweckdienliche Arbeit zu leisten. Manche Unorganisierte glauben wunder was geleistet zu haben, wenn sie in den Versammlungen den Mund recht voll nehmen. Damit wird nichts erreicht, sondern nur durch Übermut, taktlose Tätigkeit. Wer sich dazu nicht aufraffen kann, soll andere auch nicht mit nutzlosen Reden beunruhigen. Wir brauchen Taten, keine Worte. Wer nicht tut, soll auch nicht ertönen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Unorganisierten ersten können, wo andere geist haben. Wo das verhindert werden kann, muß es geschehen. Bei den Lohnrechnungen ist das möglich. Die Lohnrechnung von Viktoria umfasst sicher auch Unorganisierte. Warum? Würde sie nicht dasselbe betreiben und ebenso wirksam sein, wenn sie nur die organisierten Arbeiter umfaßte? Wenn sie nur die organisierten Arbeiter umfaßt, wäre aber Arbeit gepart worden, die jetzt nutzlos veran ist.

Wir wollen uns unsere Aufgaben nicht unnötig erschweren. Wenn die Lohnrechnungen sich z. B. auf die organisierten Arbeiter beschränken und alle dabei mithelfen, ist die Durchführung viel leichter. Wenn jeder seinen Namen usw. beibringt, ist die Schichtzahl, Gesamtlohn (einschließlich Kinderlohn und Zuzuschüssen), sowie der pro Schicht verdienten Lohn auf einen Zettel schreibt und an die bestimmte Sammelstelle abgibt, dann sind die Unterlagen dann leichtfertig und können von einer entsprechenden Anzahl dazu beauftragter Kameraden zusammengeheftet und bearbeitet werden. Wenn das in jedem Monat geschieht, dann haben wir eine nutzbringende und wirksame Lohnkontrolle. Die bei allen Gelegenheiten wertvolle Dienste leisten kann. Auch die Klagen vor den Schlichtungsansässigen lassen sich dann ganz anders vertreten, wie es bisher möglich war.

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

In der amtlichen Nachweisung der in den Hauptbergbaubezirken Preußens verdienten Bergarbeiterlöhne, welche jetzt bis zum 4. Viertel 1917 vorliegt, wird der Anteil der einzelnen Arbeiterinnen an der Gesamtbelegschaft in Verhältniszahlen angegeben. Wenn man diese Verhältniszahlen in absolute Zahlen umrechnet, dann waren in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914-1917 und im 4. Viertel 1917 Arbeiterinnen beschäftigt:

Table with 5 columns: Viertel, Ruhrgebiet, Oberschlesien, Niederschlesien, Saargebiet, Westfäl. Braunkohlenbergbau, Sächsisch. Braunkohlenbergbau, Sächs. Salzbergbau, Ostfäl. Salzbergbau, Mansfelder Erzbergbau, Oberharz. Erzbergbau, Sächsisch. Erzbergbau, Nassau-Weilburger Erzbergbau, Westfäl. Erzbergbau, Sächs. Erzbergbau. Includes a summary row 'Zusammen'.

Die Zahl der Arbeiterinnen war danach in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens im 4. Viertel 1917 um 38 345 gleich 52,2 Prozent höher, wie im 2. Viertel 1914. Nun werden aber nicht alle Arbeiter von der amtlichen Lohnstatistik erfasst. Im letzten Friedensjahre 1913 wurden z. B. von den 8826 im preussischen Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen nur 6990 gleich 79,12 Prozent erfasst. Wenn man das gleiche Verhältnis im 4. Viertel 1917 zugrunde legt, dann waren 13 610 Arbeiterinnen nicht erfasst und erhöht sich damit ihre Zahl von 45 550 auf 59 160.

Wenn man die Zahl der jugendlichen Arbeiter in gleicher Weise wie die der Arbeiterinnen nach der amtlichen Lohnstatistik ermittelt, dann ergibt sich in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914-1917 und im 4. Viertel 1917 folgenden Bild:

Table with 5 columns: Viertel, Ruhrgebiet, Oberschlesien, Niederschlesien, Saargebiet, Westfäl. Braunkohlenbergbau, Sächsisch. Braunkohlenbergbau, Sächs. Salzbergbau, Ostfäl. Salzbergbau, Mansfelder Erzbergbau, Oberharz. Erzbergbau, Sächsisch. Erzbergbau, Nassau-Weilburger Erzbergbau, Westfäl. Erzbergbau, Sächs. Erzbergbau. Includes a summary row 'Zusammen'.

Seit dem 2. Viertel 1916 ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter danach um 5161 zurückgegangen, war im 4. Viertel 1917 aber immer noch um 8078 gleich 25,8 Prozent höher, wie im 2. Viertel 1914. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist ebenfalls entsprechend höher, da sie nicht reiflos von der amtlichen Lohnstatistik erfasst ist.

Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen (Durchschnittslohn der einzelnen Arbeiterklassen darunter der jugendlichen Arbeiter siehe in Nr. 14 der 'Bergz. Ztg.' von 1918) und der aller Arbeiter gestaltete sich in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens pro Kopf und Schicht wie folgt (in Mark):

Table with 5 columns: Viertel, Ruhrgebiet, Oberschlesien, Niederschlesien, Saargebiet, Westfäl. Braunkohlenbergbau, Sächsisch. Braunkohlenbergbau, Sächs. Salzbergbau, Ostfäl. Salzbergbau, Mansfelder Erzbergbau, Oberharz. Erzbergbau, Sächsisch. Erzbergbau, Nassau-Weilburger Erzbergbau, Westfäl. Erzbergbau, Sächs. Erzbergbau. Includes a summary row 'Durchschnitt'.

Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen schwankte danach in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens in dem 2. Viertel 1914 zwischen 1,30 und 2,35 Mk., im 4. Viertel 1917 zwischen 2,76 und 5,06 Mk. Der aller Arbeiter im 2. Viertel 1914 zwischen 3,34 und 5,49 Mk., im 4. Viertel 1917 zwischen 5,59 und 9,43 Mk. pro Schicht. In den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens schwankte pro Kopf und Schicht der Durchschnittslohn und die Lohnsteigerung für:

Table with 4 columns: Viertel, Ruhrgebiet, Oberschlesien, Niederschlesien, Saargebiet, Westfäl. Braunkohlenbergbau, Sächsisch. Braunkohlenbergbau, Sächs. Salzbergbau, Ostfäl. Salzbergbau, Mansfelder Erzbergbau, Oberharz. Erzbergbau, Sächsisch. Erzbergbau, Nassau-Weilburger Erzbergbau, Westfäl. Erzbergbau, Sächs. Erzbergbau. Includes a summary row 'eigentl. Bergarbeiter'.

Die Lohnsteigerungen halten sich danach in bescheidenen Grenzen und bilden auch nicht annähernd einen Ausgleich zu der Verteuerung der Lebenshaltung. Von einer angenehmen Entlohnung kann nicht die Rede sein. Zudem sind die Lohnunterchiede so groß, daß sie in den verschiedenen Leistungen und Verhältnissen nicht genügend begründet erscheinen. Teilweise stehen die Löhne der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter noch so niedrig, daß sie kaum zum Lebensunterhalt ausreichen dürften. In der arbeitserfüllenden und lückerigen Presse aber werden die unglücklichsten Geschichten von den u. a. m. erzählt haben. So berichtet die 'N.-Westf. Ztg.' am 30. Dezember 1917:

„Mit dem Ranz (Kind e Kollie“, mit diesen Worten betrat am Tage vor Weihnachten eine einfache gefleidete Arbeiterin, die noch nach altem Brauch ein Kopftuch umgeschlagen hatte, mit ihrer Schürzenarbeiterin, einen bekannten hiesigen Schmied- und Anweilerraden. Die Verkäuferin, die jedenfalls die Kaufkraft der Letzteren auf Grund ihres eigenen kleinen Einkommens eingeschätzt hatte, legte der Mutter zunächst ein Galtschmied im Werte von 12 Mark vor, das von der Tochter nicht einmal eines Blickes würdigt wurde. „Satt Ihr mir Vesperes?“ war die einzige Antwort der Mutter auf diese „Geldschmiedverirrung“ der Verkäuferin, die nun eilig mit einem Galtschmied von 20 Mark herbeisprang, aber wiederum dieselbe Abfuhr seitens der Mutter erlebte: „Ich meine, dat wör nix!“ Jetzt verfiel sich das Ladenräumlein zu einem Schmied von 100 Mark, im Glauben, nunmehr den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben! Aber, o weh, dieselbe ablehnende Bewegung von Mutter und Tochter: „Satt Ihr gar mir Vesperes?“ Jetzt aber wollte unsere Ladenjungfer einen Trumpf auspielen, um die „Ehre“ ihres Geschäftes zu retten. Sie erbot sich mit einem kostbaren Galtschmied von 1200 Mark Wert am Ladentisch und breitete ihn stolz vor den Blicken des letzten Käuferpaars aus. Unsere Verkäuferin fiel aber bald „auf den Rücken“, als aus der Mutter Zahngelächter nur die trockene Bemerkung zur Tochter herüber erklang: „Geh! Ich will Deer dat Stök, Stina?“ Und es gefiel, ohne auch nur eine Silbe um den Preis zu feilschen. „Dann doot dem Ranz dat Kollie an!“ war die letzte Ausrufung der Mutter, die im Handumdrehen zwölf „Plau“ auf den Tisch des Hauses niederlegte und unter tiefen Huldigungen der Geschäftsdame „met ehrem stoats gemachte Ranz“ den Laden verließ, während ihnen die Verkäuferin verblüfft nachschaute.

Der Bergbau gehört auch zur Nahrungsmittelindustrie. Die Nachfrage nach jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften war während der Kriegszeit unverhältnismäßig stark. Trotzdem sind die Löhne so niedrig geblieben, daß sie teilweise kaum ausreichen dürften, auch nur den Lebensunterhalt zu bestreiten. Solche und ähnliche Verhältnisse, mit denen die Geschäfte der Werksbesitzer besorgt werden, sind daher ebenso bedenkenlos wie gefährlich.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Außenhandel der deutschen Eisen- und Stahlindustrie.

Die für rücksichtslos Eroberungspolitik agitierenden Zeitungen bekennen auch die Selbstverpflichtung, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie nach dem Kriege wieder einen großen Außenhandel (Export) haben müsse, um die Betriebe im Gang halten zu können. Daher, so wird behauptet, müssen wir das christliche Eiserzeugnis erobert, denn ohne dieses würden wir unter Eisernot leiden. Letzteres ist falsch, weil wir nach reichhaltiger Wirtschaftstätigkeit im Jahre 1913 zwar fast 12 Millionen Tonnen Eisenerze vom Ausland eingeführt, verarbeiteten (25,9 Millionen Tonnen Eisenerzverbrauch) stammten

aus dem deutschen Inland), aber davon waren nur 2,23 Mill. Tonnen französischer Ursprungs. Auch wenn wir diese nicht erhalten hätten, würden wir eine kolossale, weit über unseren Eigenbedarf hinausgehende, Eisen- und Stahlproduktion gehabt haben. Wie sich der deutsche Außenhandel mit Eisen, Eisenwaren (bzw. Stahl) und Maschinen bis 1913 gestaltet hatte, ergibt sich aus folgender amtlicher Statistik:

Table with 3 columns: Einfuhr aus, Ausfuhr nach. Rows include Gesamt, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Rußland m. Finnland, Britisch-Indien, Rumänien, U. S. v. N. Amerika.

Bei einer nur 706 197 Tonnen betragenden Einfuhr hatten wir 7 091 578 Tonnen Ausfuhr. Deutschland war also ungeheure Mengen Eisen und Stahl mehr wie alle seine Konkurrenten auf den Auslandsmarkt. Von einer Eisen- und Stahlknappheit konnte bei uns also wahrheitsgemäß keine Rede sein, im Gegenteil, wir wußten oft nicht unseren gewaltigen Produktionsüberschuß unterzubringen und wurde deshalb deutsches Eisen und deutscher Stahl oft massenhaft zu billigen Preisen im Ausland verschleudert! Daraus ergibt sich auch ohne weiteres, daß wir nicht an einer Eisenerzknappheit litten.

Schlechte ist aber dann die obige Tabelle, weil sie auch zeigt, in welchen Ländern wir unsere hauptsächlichsten Käufer von Eisen, Eisenwaren (bzw. Stahl) und Maschinen hatten. Weit über die Hälfte unseres Eisen-, Eisenwaren- (Stahl) und Maschinenexports ging in die Länder mit denen wir uns im Kriege befeindeten und unser allerbesten Kunde war Großbritannien mit seinen Kolonien!!!

Wenn wir mit diesen unseren Hauptabgabebereichen nicht zu einem dauernden Verständigungsfrieden kommen, vielmehr durch einen Weltkrieg die feindlichen kapitalistischen Kräfte, die für einen Wirtschaftskrisen (Krieg) der deutschen Waren nach dem Kriege wirken, für sich unsere Industrie dann Ersatz für diese ihre wichtigsten Absatzgebiete finden? Ein „Mittel-europa“ (mit Einschluß Rußlands und der Türkei) ist dieser Ersatz mindestens absehbarer Zeit nicht zu finden. Dies ist doch eine so bedenkliche Frage für das deutsche Wirtschaftsleben, daß darüber mit Phrasen wie „Vergleichsfrieden“, „Angebot“ usw. nicht hinweg zu kommen ist.

Bergwerksgesellschaft Siberita,

Table with 5 columns: Betriebsjahr, Bruttoertrag, Abschreibungen, Reingewinn, Dividende Prozent. Rows for years 1914, 1915, 1916, 1917.

Auch diese große „reine“ Kohlenwerksgesellschaft hat 1917 einen höheren Betriebsergebnis erzielt, als je zuvor. Durch fast 1,8 Millionen Mark höhere Abschreibungen und 1,5 Millionen Mark Kriegszuschüsse wurde der Reingewinn zwar vermindert, das Geld verbleibt aber dem Unternehmer. Der Geschäftsbericht der Gesellschaft lautet: „Die von dem Reichskohlenkommissar und dem Eisenbahnenoberden zur Minderung der Kohlennot angeordneten einschneidenden Maßnahmen haben nur zum kleinen Teile vermocht, der Herrschaft über den Kohlenmarkt zu sichern.“ Weiter heißt es über die Kohlensteuer: „Die bei Einführung des Kohlensteuers von der Reichsregierung angeordnete Erhöhung, daß die Kohlensteuer den Vorzug der einfachen Transportanlage besitze, hat sich als kränkelnd erwiesen.“ Die erklärten Bestimmungen haben im Gegenteil eine derartige Fülle von schwereren Krügen aufgeworfen, namentlich in Bezug auf die Beschaffung von Feuerfreiem und feuerfestem Selbstverbrauch, daß diese trotz einander und außerordentlich zeitraubender Bearbeitung auch heute noch Absens von sieben Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes ihrer Lösung noch nicht zugeführt werden konnten.

Oberschlesische Kohlenwerke.

Table with 5 columns: Bruttoertrag, Abschreibungen, Reingewinn (ohne Vortrag), Dividende Prozent. Rows for years 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917.

Im Jahre 1917 klagen auch die Oberschlesischen über außerordentlich gestiegene Selbstkosten und behaupten, keine angemessenen Gewinne mehr erzielen zu können. Der gerade 1917 kollabiert gestiegene Ueberschuß der Oberschlesischen Kohlen- und Stahlfabrik befehrt uns, daß, wer klagt, nicht immer berechtigten Grund dazu hat.

Oberschlesische Werksgewinne.

Table with 5 columns: Bruttoertrag, Abschreibungen, Reingewinn, Dividende Prozent. Rows for years 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917.

Lerne zu klagen, ohne zu leiden.

Die Kupferproduktion in der Welt

Table with 5 columns: Gesamt, Davon entfallen auf, Vereinigte Staaten, Mexiko, Kanada, Peru, Chile, Japan, Deutschland. Includes a summary row 'insgesamt (Tonnen)'.

Deutschland hat schon 1910 nach der Ermittlung des Prof. Dr. Krusch, 210 000 Tonnen Kupfer gebraucht. Es ist also außerordentlich starkem Kupferimport angewiesen, der hauptsächlich aus Nordamerika kommt. Wenn Friedensschluß nun uns dieser Bezug auch wieder vertraglich freigestellt werden, dann annehmen werden wir Nordamerika nicht können.

Aus den Unternehmerverbänden.

„Wie werden Werksvereine gegründet?“

Diese interessante Frage beantwortet der „Wirtschaftsfriedliche“ Bezirkssekretär Weisler (Frankfurt a. M.) in einem vertraulichen Schreiben an die Werksleiter wie folgt:

„Die Werksvereine sind in Bezirks- und Landesverbände und im Bund deutscher Werksvereine lose zusammengelassen. Diese sind für die Ausbreitung der Bewegung dadurch tätig, daß sie, wie zum Beispiel mit diesem Schreiben, zunächst an die Arbeitgeber herantreten, um sie für die Werksvereinsbewegung zu gewinnen. Der Arbeitgeber muß aber bei der Gründung eines Werksvereins gänzlich im Hintergrund bleiben und kann die Gründung eines Werksvereins dadurch unterstützen, daß er uns mit geeigneten Arbeitern des Betriebes, die einen Werksverein zu gründen in der Lage sind, bekannt macht. Durch diese lassen wir dann im Betriebe weiter werben und gründen mit ihnen den Werksverein, bilden den Vorstand, führen die Satzungen und unsere Zeitung ein usw. Wir bitten schließlich, uns durch Nennung solcher Arbeiter gefl. zu unterstützen. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, uns geeignete Arbeiter nennen zu können, so empfehlen wir Ihnen, zunächst unsere Zeitung „Mitteldeutsche Rundschau“ für eine Anzahl Ihrer geeigneten Arbeiter bei uns zu abonnieren. Wir werden sie unter Kreuzband in die Wohnungen der Arbeiter (ohne daß diese den Vorkauf erfahren), um sie zunächst mit den Ideen unserer Bewegung bekannt zu machen, und bearbeiten nachher durch unsere Vertrauensleute die Adressen selbst weiter, bis ein Werkverein gegründet werden kann.“

Durch dieses Schreiben ist wieder bewiesen, daß die „Wirtschaftsfriedlichen“ mit Hilfe der Werksleiter gegründete kapitalistische Schutztruppen sind. Die Behauptung, sie seien selbständige Arbeiterorganisation, ist Schwindel. — Der „Wirtschaftsfriedliche Werksverein“ (Hirta-Krupp) ist Hauptstützpunkt, teilt mit, seine Auflage habe zu Anfang 1917 „schon“ 37.102, am Jahresabschluss 37.812 betragen. Die ganze Zunahme des Schutztruppenblattes hat 1917 nur „rund 700“ betragen. Wieviel Werksleiter die Zeitung erhalten, teilt sie natürlich nicht mit.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Schärflich Schneider f.

Am 14. April 1918 starb in Hannover an den Folgen eines Anfalls, den er beim Ausfragen auf die Straßenbahn erlitten hatte, der Redakteur des „Proletarier“, Heinrich Schneider. Für den Fabrikarbeiterverband ist das unter den bestehenden Verhältnissen ein besonders schmerzlicher Verlust, denn Schneider war eine tüchtige Kraft mit großer Erfahrung. Geboren war er am 16. September 1876 in Drechdorf bei Braunschweig. Nach seines Vaters Willen sollte er Schuhmacher werden. Das wollte er nicht. So verließ er früh das Elternhaus, um sich auf eigene Füße zu stellen und blieb ungelernter Arbeiter. 1902 trat er dem Fabrikarbeiterverband bei, in dem er sich bald hervorragend betätigte. Schon 1904 wurde er als Bevollmächtigter an die Spitze der Zahlstelle Dresden gestellt, 1905 zur Leitung der Zahlstelle Meissen gewählt und 1906 als Redakteur des „Proletarier“ berufen. Etwa 12 Jahre hat er das Verbandsblatt mit fluger Umsicht geleitet. Von seiner rastlosen Tätigkeit zeugt auch sein 1911 erschienenes Buch: „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“, womit er dem Arbeiterstand einen großen Dienst geleistet hat. 1912 kandidierte er für den 14. hannoverschen Wahlkreis und gelangte in die Stichwahl. Nun ist auch dieses arbeitsreiche Leben abgeschlossen, die nie ermüdende Geist erlischen. In den Herzen der Mühseligen und Beladenen aber, denen er Freund und Führer war, hat sich Heinrich Schneider ein ehrenvolles Andenken gesichert.

Für Freiheit und Vaterland.

Ueber den „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, der auch nichtverständlicher Auffassung in Gewerkschaftskreisen begegnet, sprach der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Kollege Leipalt, in einer großen Berliner Holzarbeiterversammlung. Er führte aus, daß ein Volksbund für Freiheit sich wohl jeder gefallen lassen würde, nur daß es auch ein Volksbund fürs Vaterland sei, erzeuge bei manchen Kollegen Anstoß. Wenn wir auch das Hauptgewicht auf das Streben nach Freiheit legen, so brauchen wir es doch nicht abzulehnen, auch für das Vaterland einzutreten. Was ist unter Vaterland? Der Dichter antwortet auf diese Frage: „Soweit die deutsche Zunge klingt.“ Fragt man den einzelnen näher, dann bezeichnet er sich als Schiefer, als Bauer, als Rheinländer oder als Hamburger, als Magdeburger usw. Das ist auch bei den Arbeitern so. Wie stark auch bei den Arbeitern die Liebe zur Heimat ist, kann man am besten im Ausland erkennen. Wo sich in einer Stadt des Auslandes ein Dutzend organisierter Arbeiter zusammensuchen, da gründen sie gewiß einen deutschen Arbeiterverein. Es ist also nicht wahr, daß die Liebe zur Heimat und zum Vaterland den Arbeitern unbekannt sei. Wir haben uns stark getroffen gefühlt, als man uns vor Jahren als „eine Horde von Menschen“ bezeichnet hat, „nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“. Mit Enttäuschung haben wir es zurückgewiesen, als man uns aufforderte, den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schütteln.

Es ist richtig, daß von den herrschenden Klassen viel Mißbrauch mit dem Begriff des Vaterlandes getrieben wird. Die Ansicht, als ob ihr egoistischer Nationalismus nur die allein echte Vaterlandsliebe sei, muß ihnen aber für alle Zeiten genommen werden, dadurch, daß wir unter Dasein und unsere Rechte noch stärker betonen und den wahren Begriff des Vaterlandes zur Geltung bringen. Dieses Bekenntnis zum Vaterland ist keine neue Erfindung; wir haben es auch vor dem Kriege abgelegt. Gleich haben wir gefordert, daß die Einrichtungen in Deutschland so gestaltet werden, daß sich alle Einwohner, auch die Arbeiter, im Vaterland glücklich fühlen. Um das zu erreichen, streben wir ja von jeher nach der Mitwirkung in der Gemeinde, im Staat und im Reich. Aus seinen Erfahrungen durch die Teilnahme an Kongressen in einer ganzen Reihe von fremden Ländern kann der Redner sagen, daß die fremdländischen Arbeiter im allgemeinen mit Stolz von ihrem Vaterland sprechen. Das gilt sowohl von den Franzosen wie Engländern und Italienern, nicht minder von den Skandinaviern. Auf skandinavischen Arbeiterkongressen ist es üblich, daß Nähnchen in den Landesfarben auf den Tischchen stehen. So wollen auch wir dahin streben, daß auch der deutsche Arbeiter stolz auf sein Vaterland wird. Unser Vaterland gehört nicht nur den Kapitalisten, es gehört auch uns, den Arbeitern, die wir die große Mehrheit des deutschen Volkes bilden. Wir wollen Deutschland auch zu unserem Vaterland machen.

Knappschäftliches.

Vorstandsitzung des Bochumer Knappschäftvereins vom 11. April 1917.

Es wird mitgeteilt, daß ein Bureauausgült im Felde gefallen ist, sowie der Oberarzt Dr. Lindemann mit dem Verdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Auf Antrag werden den Ortskrankenkassen für auswärtige Kranke die Selbstkosten ersetzt. In Wehringhausen soll der Stall für Verdienstlose erweitert werden und wird dafür die Summe von 1800 Mark bewilligt. Der Vorschlag des Allgemeinen deutschen Knappschäftvereins zur Knappschäftlichen Behandlung der im vaterländischen Hilfsdienst heimgelassenen oder in den freiwilligen Sanitätsdiensten eingetretenen eh-

mäligen Pensionskassenmitglieder und zur Ausübung des § 5 Absatz 3, des Knappschäft-Kriegsgesetzes vom 25. März wird so-bald bekanntgemacht. Dieser Vorschlag ist eingehend erörtert im Stempag. vom 5. März 1918 und liegt dazu ein Antrag Fischer und Genossen vor, wozu in der nächsten Satzungs-Ausdehnung Stellung genommen werden soll.

Die Notlage, worin sich die Invaliden, Witwen und Waisen in jetziger Zeit befinden, veranlaßt schon des öfteren die Vorstandsämter, darauf hinzuwirken, daß die Renten für diese erhöht werden sollten. Da seit Erlaß des Bundesrats, betr. die Zulage für Renteneinpfänger der Invalidenversicherung vom 5. Januar, der Bergbauische Verein die von ihm gestellten Mittel, aus welchen eine gleiche Zulage bisher gezahlt wurde, nicht weiter zur Verfügung stellt, bekommen diese Renteneinpfänger nur die Unterstützung, welche die Bundesratsverordnung vorsieht. Die Personalkommission hat sich mit allen Kräften bisher bemüht, neben der Teuerungszulage des Reiches für die Invaliden auch weiter die Teuerungszulage, welche bisher von den 4 Millionen Mark des Bergbauischen Vereins gezahlt wurde, zu erwirken; doch ohne Erfolg.

Ferner hat die Personalkommission darauf gedrängt, der Allgemeinen Knappschäftvereins möge sich mit dem Allgemeinen deutschen Knappschäftverband in Verbindung setzen, auf daß dieser auf die Regierung dränge, um wenigstens so einen Teil der Mittel, welcher durch die Einwirkungen des Krieges mehr wie früher für Invaliden verwendet werden müsse, von Reichswegen für alle Knappschäftvereine, zurückzuerhalten zu bekommen, da die Lasten bei der langen Dauer des Krieges mit der Zeit zu hoch für manche Vereine unerträglich werden. Der „Christliche Gewerksverein“, hat in letzter Zeit einen Antrag gestellt der auch dahin geht, die Renten der Invaliden zu erhöhen. Der Zukunfts-ausschuss soll sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Frage beschäftigen. Es ist selbstverständlich, daß die Vorstandsämter so wie bisher, immer bestrebt sein werden, für die Invaliden herauszuholen, was irgend möglich ist.

Es wurden dann weiter 315 Befreiungsanträge angenommen, sowie die Ordnungsstraße gegen die Fache Stöcker in Drehsbank zurückgezogen, da der Beitrag am Tage nach dem Verfall eingezogen ist und die Besondereverwaltung keine Schuld an dem wägen Eingang trifft.

Von den Knappschäftskassen des Sauerbrücker Bezirks lagen Beschwerden darüber vor, daß Wohnungsverwalter der Gewerkschaft Deutscher Kaiser die Kranken bejuden, und wenn sie glauben, daß diese gegen die Krankenordnung verstoßen hätten, Anzeige erstatten. Die Kassen erheben dagegen energischen Einspruch und fragen an, ob dazu ein Antrag vom Knappschäftverein gegeben wurde. Das wurde verneint. Die Wohnungsverwalter seien nicht durch den Knappschäftverein beauftragt oder man könne ihnen nicht verzeihen, auch in die Wohnungen von krankerleidenden Bergarbeitern zu gehen; doch wenn Strafen verhängt werden oder verhängt worden sind, so seien diese wieder zurückgezogen. Es wäre gut, wenn die Fache Deutscher Kaiser ihre Wohnungsverwalter anweisen würde, daß sie sich um die Kranken des Knappschäftvereins absolut nicht zu kümmern haben.

Sauerbrücker Knappschäftverein.

In Nummer 13 unseres Blattes haben wir kurz die Tatsache gemeldet, daß sich auch der Sauerbrücker Knappschäftverein dazu bequeme, seine Einrichtungen ein wenig den neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen. Auf die Eingabe unseres Verbandes vom 26. September 1917 um Änderung des § 150 der WZ, erschien am 22. November 1917 eine Bundesratsverordnung, in der den vorgetragenen Wünschen Rechnung getragen wurde, und der Grundlohn, nach dem das Krankengeld bemessen wird, auf 8 bzw. 10 Mark erhöht werden kann.

Der Allgemeine Knappschäftverein Bochum entbrach den veränderten Verhältnissen sofort nach Erlaß der Bundesratsverordnung. Im Sauerbrücker Knappschäftverein ließ man erst eine Spanne Zeit verstreichen, ehe man dem Beispiel des Bochumer Knappschäftvereins folgte. Vom 7. Januar 1917 ab sind nun im Sauerbrücker Knappschäftverein fünf Lohnstufen bei der Berechnung des Grundlohnes und Krankengeldes maßgebend. In der 10. höchsten Lohnstufe sind die Arbeiter, welche 9,01 Mark und mehr verdienen, diese erhalten ein Krankengeld von 4,00 Mark. Im Bochumer Knappschäftverein wird dieses Krankengeld schon bei einer Lohnhöhe von 7,80 Mark und mehr gezahlt.

Nach in der Satzung von 1907 gab es bei der Krankenkasse des Sauerbrücker Knappschäftvereins nur drei Klassen: Jugendliche, Arbeiter 1. und 2. Klasse. Als höchstes Krankengeld erhielten diese bis zum Jahre 1913 den Betrag von 2,30 Mark. Die Satzung von 1913 brachte dann eine Erweiterung auf 5 Lohnstufen. Wenn damit auch eine kleine Verbesserung erreicht war, so blieb sie doch unzureichend, denn es ist klar, daß ein Krankengeld von 2,70 Mark für den höchstbezahlten Arbeiter den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wurde. Dem Wortlaut des Gesetzes, das die Hälfte des Grundlohnes als Mindestkrankengeld vorschreibt, war damit freilich genügt. Das war aber nur dadurch möglich, daß man 80 Prozent der Gesamtbelegschaft in eine einzige Lohnstufe versetzte, so daß die Spannung zwischen dem höchsten und niedrigsten tatsächlich gezahlten Lohne so groß war, daß der Durchschnittslohn erheblich hinter dem zurückblieb, was wirklicher Durchschnitt für sie gewesen wäre. Diese Tatsache war dem Knappschäftsvorstand natürlich ebenfalls bekannt. Wenn er zur Beseitigung dieses Mißstandes erst jetzt überging, so beweist das, daß es vorher etwas an sozialer Erkenntnis mangelte. Nachdem nun einmal Breche in die rückständigen Verhältnisse gelegt ist, gebietet die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß andere möglichst bald folgen. Dazu gehört vor allem die Bestimmung, daß der Invalidenversicherungsbeitrag in dem Pensionskassenbeitrag enthalten ist.

Der Pensionskassenbeitrag ist laut § 158 mit 1,93 Mark für alle Arbeiter ohne Unterschied des Alters oder Lohnes gleich. Soll er sein. Wie sieht es aber damit in Wirklichkeit aus? Der Beitrag zur Invalidenversicherung für einen Arbeiter von 16 bis 17 Jahren gering ist als derjenige eines erwachsenen Arbeiters, so muß sein Pensionskassenbeitrag naturgemäß höher sein. Nehmen wir an, ein junger Arbeiter zahle 34 Pf. Invalidenbeitrag, der erwachsene Arbeiter den Höchstbeitrag von 50 Pf. Ersterer, also derjenige, welcher weniger verdient, bezahlt dann zur Pensionskasse mehr, als der mit höherem Verdienst. Noch größer wird das Unrecht im Falle einer Krankheit, da in dieser Falle Invalidenbeiträge nicht zu zahlen sind, der Pensionskassenbeitrag aber in voller Höhe erhoben wird. Für Krankheitszeiten erhebt also der Sauerbrücker Knappschäftverein einen Ortsbeitrag, der bis zu 30 Pf. beträgt, und für den keine Gegenleistung gewährt wird. Dies sieht einer Benachteiligung weiterer Arbeiterfreie so ähnlich, daß man sich erstens fragen muß, wie es möglich ist, daß die Aufsichtsbehörde nicht schon längst eingegriffen hat. Allerdings ist verchiedentlich von den Arbeitern versucht worden, Klage Verhältnisse zu schaffen durch einen Antrag, auf dem Lohnzettel die Beiträge getrennt anzuführen. Diejenige Anträge ist aber bisher nicht entworfen worden, und so leicht wird es auch in der nächsten Zeit nicht sein, dieses Verlangen nach klaren Verhältnissen durchzusetzen. Wenn wäre im Sauerbrücker überhaupt ein Fortschritt erreicht worden, der dem Bergbauischen nicht hätte abgerungen werden müssen? Man braucht nur daran zu erinnern, welche Mühe es gekostet hat, die Auszahlung der Invalidenrenten neben der Pension durchzusetzen. Aber bei der Witwen- und Waisenrente wird heute noch angedrungen, und bei denjenigen Knappschäftvereinen, welche die Militärrenten antreuen, bis sie durch das Knappschäft-Kriegsgesetz daran

verhindert wurden, hat der Sauerbrücker Knappschäftverein natürlich ebensowenig gefehlt. Heute prangt der § 118 noch im Statut. Und haben wir als Neues nicht eben erst erlebt, daß bei Inkrafttreten der neuen Krankengeldsätze diejenigen, die am 7. Januar bereits krank waren, ausgleichlos werden sollten? Wenn man sich in diesem Falle auch erfreulicherweise bereitgefunden hat, rechtzeitig einzutreten und ihn nicht zu einem Streitfall werden zu lassen, so zeigt es doch aufs neue, welcher Geist im Sauerbrücker Knappschäftverein herrscht, und wie die Arbeiter auf ihrer Hut sein müssen, um ihre Rechte zu wahren.

Angesichts solcher Tatsachen muß man doch fragen, was sagen die Arbeitervertreter im Vorstände dazu!! Hat man von ihnen schon einmal gehört, daß sie es auf Stimmengleichheit und Entscheidung durch das Schiedsgericht ankommen ließen? Das ganze System im Sauerbrücker Knappschäftverein wird den heutigen Verhältnissen längst nicht mehr gerecht. Vor 50 Jahren mochte es angehen, daß der Vorstand der Königlich Bergwerksdirektion so nebenbei die Geschäfte als Vorsitzender des Knappschäftsvorstandes führte. Später wurde aber haben die Aufgaben der Knappschäftvereine einen Umfang und eine Bedeutung angenommen, daß ihre Bewältigung eine ganze Kraft erfordert. Wenn der Werksleiter darauf besteht, daß ihm die Besetzung des Vorstandspostens vorbehalten bleibe, dann mag er sich auch was kosten lassen, und einen Mann mit sozialpolitischer oder versicherungstechnischer Vorbildung mit einer solchen Aufgabe betrauen. Der Zustand erregt uns unanständig, daß in Sauerbrücker das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Bergamts, des Knappschäftvereins und der Knappschäftberufsgenossenschaft durch eine Person vertreten wird. Bei gewissenhafter Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben muß es stets dahin kommen, daß die Interessen dieser Korporationen einander entgegenlaufen. Eine grundlegende Besserung im Knappschäftswesen an der Saar ist erst zu erwarten, wenn dieser Widerspruch der Pflichten ausgeglichen wird und der Herr Mitarbeiter dafür sorgt, daß als Vorsitzender des Knappschäftvereins ein Mann gewählt werden kann, dessen Hauptstellung ihm erlaubt sich dieser Aufgabe in ausreichendem Maße zu widmen. Wenn einem solchen Manne mit sozialem Verständnis beim Vergleiche gleichzeitig die Leitung der Abteilung für Arbeiterfragen übertragen würde, so könnte das für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nur förderlich sein.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Deutscher Kaiser (Zucht 4). Im Revier 6 bei Steiger Steines haben die Arbeiter keine ausreichenden und genügenden geschützten Fahrwege. Im Revier 11 wurde im Bremsberg nach wiederholter Mahnungen kein neues Zeil aufgelegt, bis ein Arbeiter einen Unfall erlitt, woran er noch leidet. Dann erst wurde ein Zug stellen heraus, die Arbeiter können warten. Damit wird nur erreicht, daß sich die Arbeiter Erkältungen zuziehen.

Zeche Graf Schwerin. Ordnung und Pünktlichkeit bei der Zeilfahrt und warmes Badewasser werden hier von den Arbeitern dringend gewünscht. Die Kranen laufen teilweise nur unregelmäßig. Bevor die Zeilfahrt beginnt, muß immer erst noch ein Zug stellen heraus, die Arbeiter können warten. Damit wird nur erreicht, daß sich die Arbeiter Erkältungen zuziehen.

Zeche Holland, 3 u. 4. Trotz Kritik auch an dieser Stelle ist es mit den Lampen nicht besser geworden. Ein großer Teil der Arbeiter muß noch immer die Lampen nach dem Empfang wieder abgeben, weil sie nicht in Ordnung sind. Das kann doch so nicht weitergehen. Wenn Steiger Reilmann verlangt, daß die Arbeiter vor allen Dingen Reiben lehren sollen, muß er auch dafür sorgen, daß es nicht immer ein leeres Wagen steht. Vor allen Dingen müssen die Wagen auch besser geschmiert werden.

Zeche Köhlingen (Zucht 1). Am 2. April konnte hier eine Kameradzahl keine Kohlen liefern. Der Steiger war zugegen. Deswegen ging es sehr unheimlich nicht besser. Da kam der Reibsteiger Wette laut schreien an und verlangte Kohlen. Als einer der Arbeiter in ruhigem Tone sagte, er solle sich doch erst die Arbeit anschauen, bevor er solchen Skandal mache, ließ er sich zu Tätlichkeiten hinreißen. Er nannte den Arbeiter Lumm. Das usw. und trat bei mit Füßen. Wir erwarten, daß die verantwortlichen Stellen der Sache auf den Grund gehen und das Notwendige veranlassen.

Zeche Minister Lauenbach. In den Rauhensbetrieben des Revier 5 müssen hier seit immer die Arbeiter Steine zerhacken und die anderen wieder führen. Das ist sehr leicht. Warum wird da nicht umgewandelt? Das entbrachte doch nur der ausgleichenden Gerechtigkeit. Auf der Nachbargrube Wolltrab werden für Ueberbrachten Brücklage bezahlt. Dazu hat man hier immer noch nicht kommen können. Warum nicht?

Zeche Neuköln. Am 12. April, mittags um 12 Uhr, wollte hier ein kranker Arbeiter ausfahren. Das wurde nicht gestattet. Der Betriebsführer kam, forderte einen Schein vom Steiger, drohte mit Strafe, fuhr aus und ließ den Arbeiter zurück. Inzwischen bekam dieser Krämpfe. Der Reibsteiger Wittscheid, der dann kam, sagte, er könne die Ausfahrt nicht anordnen. Der Arbeiter mußte in der Grube bleiben, bis zur Zeilfahrt. Dr. Krollschlein weigerte sich dann, den Arbeiter zu behandeln. Der Knappschäftskasse mußte erst einreisen und den Oberärzten anrufen. Dann wurde der Arbeiter von Dr. Krollschlein in einem Krankenhaus in Bochum und von dort der Nervenklinik in Bonn überwiesen. Dieser Zustand drückt so für sich, daß sich eine Kritik erübrigt. Wir hoffen, daß die verantwortlichen Stellen hier einmal nach dem Rechten sehen.

Zeche Sachsen. Die Arbeiter beklagen sich hier über mandmal allzu harte Strafen. Es werden in Einzelfällen Strafen von 3, 5 und mehr Mark verhängt. Ein Arbeiter ist sogar wegen Beleidigung eines Beamten mit 10 Mark bestraft worden. Man scharf macht scharf. Das sollte man doch bedenken.

Zeche Viktoria Matthias (Zucht). Bestraft wird hier alles nach der Markenkontrolle, was gefehert hat, selbst dann, wenn dem Reviersteiger vorher Rechnung gemacht worden ist. Der Arbeiter kann nach erfolgter Prestrichung dann umherlaufen, damit sein Name wieder in der Strafliste gelöscht wird. Wir halten das für falsch. Richtiger wäre es schon, wenn man die vielen Ueberbrachten etwas mindern würde. Jetzt werden jedes Woche 3 x 11/2 Schichten verfahren, außerdem noch eine Anzahl Doppelarbeiten. Das dadurch die vielen Feierlichkeiten hervorgerufen werden, ist bestimmt. In dem Maße, wie die Ueberbrachten vermindert werden, fallen auch die willkürlichen Feierlichkeiten. Sind es doch zum weitaus größten Teile lebige Belegschaftsmitglieder, die deswegen bestraft werden. Will man erzieherisch auf diese einwirken, dann lasse man die 1 1/2 Schichten in der Woche fallen und die Verwaltung wird sehen, daß damit auch der größte Teil der Feierlichkeiten wegfällt. Jetzt ist der Körper durch das allzuwiese Schichtmachen und die ungenügende Ernährung nicht mehr in der Lage, neben der täglichen Schicht auch noch Ueberbrachten zu ertragen. In der Zeit vom 2. bis 13. April wurden bestraft wegen willkürlichen Fehlens: 34 Mann mit 3 Mark (162 WZ), 10 Mann mit 5 (50), 53 Mann mit 3 (159), 1 Mann mit 6 (6), 55 Mann mit 3 (165), 15 Mann mit 3 (45), 56 Mann mit 5 (280), 57 Mann mit 3 (171), 47 Mann mit 3 (141), 67 Mann mit 5 (285), 87 Mann mit 3 (261), 46 Mann mit 3 (138). Zu-

ammen 538 Mann mit 1863 Mark. Außerdem wurden noch bestraft wegen Umgehung der Seilfabrikordnung 31 Mann zu je 3 Mark (93 Mk.), 28 Mann zu je 8 (84), 33 Mann zu je 3 (99), wegen Unreine: 3 Mann zu je 2 Mark (6), wegen unreine Kohlen 21 Mann zu je 3 Mk. (72), wegen betrügerischen Bergvertrags 5 Mann mit 3 Mark (15), wegen Völligen eines Bergesetzten 4 Mann mit 2 Mark (8), wegen freches Benehmen 1 Mann mit 8,30 Mark, wegen Mitnahme von Grubenholz 3 Mann mit 2 Mark (6), wegen Ausfahren mit Bahnummer 1 Mann mit 10 Mark, wegen Fahren im verbotenen Schacht 2 Mann mit 3 Mark (6), wegen zu frühen Schichtmachens 1 Mann mit 2 Mark. Summe 2272,30 Mark. In knapp zwei Wochen sind also 2272,30 Mark Strafen, wobei aber noch eine Anzahl kleinere Bestrafungen nicht mitgezählt sind. Wie gesagt, wir haben über die erfolgten Bestrafungen wegen Feiern eine andere Ansicht. Infolge der planlosen Bestrafungen herrscht innerhalb der Belegschaft eine ziemliche Unruhe und ist denjenigen, die sich vorher abgemeldet haben und dennoch bestraft werden, nur zu raten, sich das nicht gefallen zu lassen.

Jede Weiterholt. Strafen bis zu 13 Mark in Einzelfällen sind hier schon verhängt worden. Steiger Bursch wird bestraft, besonders wegen Baden unreiner Kohlen, und zwar auch Arbeiter, die damit nichts zu tun haben. Der Ganer kann doch nicht das Kohlenladen überwachen und folglich auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Wer will nur Zahl und Zahler sein?

Viele Verbandskameraden glauben schon ihre Pflicht ganz erfüllt zu haben, wenn sie pünktlich ihren Verbandsbeitrag zahlen. Wer aber nur Zahl und Zahler ist an der Mitarbeit nicht tatkräftig beteiligt, ist nur Zahl und Zahler. Das will sicher keiner sein. Aber dann müssen auch alle tatkräftig mitarbeiten, um so besser wird das Werk der Selbstbefreiung gelingen. Es heißt mit dem Verbandsgedanken aufstehen und schlafen gehen. Besonders jetzt heißt es die für Sanngitation günstige Zeit ausnützen. Daran müssen sich alle beteiligen. Jedes Verbandsmitglied muß es sich zur Pflicht machen, neue Mitkämpfer zu gewinnen. Wenn das überall geschieht, dann wächst unsere Macht und damit ergibt sich alles andere von selbst. Keiner darf darum nur Zahl und Zahler sein, tatkräftige Mitkämpfer müssen alle werden. Mensch sein, heißt Kämpfer sein!

Unser Verhängnis!

Die von den Unorganisierten verursachte Ohnmacht der Bergarbeiter bildet die Uebermacht des Grubenkapitals. Alle Verdrückung, Mißachtung, Willkür und dergl. sind nur darauf zurückzuführen. Macht entscheidet! Bei gleicher Macht hatten die Bergarbeiter auch das gleiche Recht wie die Grubenbesitzer. Die Wurzel allen Übels bilden die Unorganisierten. Sie sind das Fundament, worauf die Uebermacht des Grubenkapitals beruht und damit unser Verhängnis!

„Es ist nichts zu machen!“

So heißt das Trostprüchlein aller Kleingläubigen und Schwachmütigen, welche nicht gern etwas machen wollen. Wo dieses Trostprüchlein jede Tatkraft lähmt, ist natürlich auch nichts zu machen. An dessen Stelle muß treten das markige: Wir wollen! Was dann zu machen ist, zeigt eine Zuschrift aus Bodehschwing, worin es heißt:

„Bei der am 14. 4. 1918 stattgefundenen gemeinschaftlichen Hausogitation sind neue Mitglieder gewonnen für unseren Verband 23, für den christlichen Gewerbeverein 4, für die Polnische Berufsvereinigung 6. Daraus ist zu ersehen, daß auch in Weier- sülbe noch etwas zu holen ist, wenn nur der Wille da ist, mitzu- arbeiten. Wir werden nicht eher ruhen, bis auch der letzte Mann organisiert ist! Mögen sich die Unorganisierten das Sprüchwort zu Herzen nehmen: „Wir wollen nicht ernten, was andere gesät haben.“ Nur so weiter und wir werden nach dem Kriege mit einem starken Arbeiterheere unserem Erbfeind, dem Kapital, gegenüberstehen.“

Wir werden nicht eher ruhen, bis auch der Letzte organisiert ist! So muß es überall klingen. Stark und hart, dann wird es gelingen.

Bedeutung der Einheitsorganisation.

„Meine Herren! Es ist zum ersten Mal geschehen, daß die Regierung sich bei einer großen Regelung (Erhöhung der Feuerungszulagen), die die Beamtenenschaft angeht, vorher mit der Beamtenenschaft selbst ins Benehmen gesetzt hat. Die Beamten haben sich ja schon in früheren Jahren zu Vereinen zusammengeschlossen. Aber es blieb doch noch eine große Zerplitterung und die Wege, die die Beamtenvereine damals eingeschlagen haben, waren noch nicht so klar und einheitlich vorgezeichnet, mit diesen Einzelvereinen ließ sich noch nicht arbeiten. In der Zwischenzeit haben sich nun aber diese Vereine zu großen Verbänden zusammengeschlossen. Eine solche Entwicklung könnte ja für die Staatsregierung vielleicht in mancher Richtung zu Bedenken Anlaß geben. Ich darf daran erinnern, daß neulich bei der Verhandlung über den Eisenbahnetz davon die Rede gewesen ist, daß manchmal auch maßlose Forderungen oder Forderungen nicht in der richtigen Form und in Verkennung des Verhältnisses der Beamtenenschaft zu ihrer vorgelegten Behörde erhoben werden, Forderungen, die wir zurückweisen müssen. Aber, meine Herren, die Regierung hat keine Veranlassung gehabt, aus der Entwicklung, wie sie sich jetzt vor unseren Augen darstellt, etwa solche Bedenken herzuleiten. Am Gegenteil, sie darf annehmen und sie hofft, daß die politische Schulung, die Disziplin, die Reife des Urteils, die Sauerung der Ansichten, die Ausgleichung extremer Richtungen durch den Zusammenschluß der Beamtenvereine in solchen großen Verbänden zunehmen wird, und die Regierung glaubt deshalb, daß sie nunmehr aus ihrer zurückhalten- den Stellungnahme diesen Verbänden gegenüber heraus- treten und sie gewissermaßen als verhandlungsfähig anerkennen kann.“

Finanzminister Berg am 13. März 1918 im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Ludwig Röje 1.

Am 13. April 1918 starb im Augustastrankenhaus zu Bochum unser Vertrauensmann Ludwig Röje, Zahlstelle Bochum 7. Er war am 25. Dezember 1874 geboren und trat am 1. September 1905 vom christlichen Gewerbeverein zu unserem Verband über. Seit Kriegsausbruch war er Vertrauensmann. Unter schwierigen Verhältnissen hat Ludwig Röje mit einer kleinen treuen Schar die Zahlstelle nicht nur die Kriegsjahre hindurch aufrechterhalten, sondern auch vorwärts gebracht. Im verflorenen Kriegsjahr war seine mühsame Arbeit besonders von Erfolg gekrönt, indem die Zahl der Mitglieder von Bochum 7 sich mehr als verdoppelte. Nun hat der unerbittliche Tod auch diesen wackeren Streiter dahingerafft. Seine Familie hat den treu sorgenden, liebevollen Vater verloren, und auch uns ist ein schmerzlicher Verlust ent- standen. Seine pflichttreue Tätigkeit für unseren Verband und auch sonst in der Arbeiterbewegung rühret ihm ein ehrenvolles Andenken.

Denk an Eueren nahen Pflicht!

So betitelt sich ein namenloses Flugblatt, dessen Herkunft dunkel ist. Darin werden die Soldaten aufgefordert, mit den

Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, welche die Fabrikation der Waidwerkzeuge eingestellt hätten, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und der Not und dem Elend dabei ein Ende zu machen. Die Urheber sollen danach auf die Strafe gehen und an den Straßenversammlungen und Straßenaufmärschen teilneh- men. Das Flugblatt schließt: „Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung, es lebe der Sozialismus, es lebe der allge- meine Frieden!“ Der ganze Inhalt hat aber mit Sozialismus nichts zu tun und dient ebensowenig dem Frieden, sondern ledig- lich reaktionären Machenschaften. Seine Befolgung könnte höch- stens dazu führen, daß unser Land eine Beute seiner Feinde würde.

Folgt ihrem Beispiel!

So betitelt sich ein anderes namenloses Flugblatt, dessen Herkunft ebenfalls dunkel ist. Darin werden die deutschen Ar- beiter aufgefordert, dem Beispiel der revolutionären Matrosen von Wilhelmshaven zu folgen, von denen zwei zum Tode und etwa 50 zu ca. 100 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Sein Inhalt läßt jeden Wirklichkeitsinn vermissen. Zu einer Zeit, wo der amerikanische Präsident Wilson „Gewalt bis aufs äußerste Gewalt ohne Maß und Grenzen“ predigt, unten diese Flug- schriften mehr als seltsam an. Damit wird weder dem Sozialis- mus, noch dem Frieden, sondern nur der Reaktion gedient.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Emser Bezirk.

Die Lohnverhältnisse der Bergleute würden im allgemeinen erträglich sein, wenn nicht die ungeheuerliche Verteuerung aller Lebensbedürfnisse eingetreten wäre. Manche sind selbst zum höchsten Preise nicht zu haben, andere, z. B. Kleidung und Schuhe, müssen dreimal so teuer wie vor dem Kriege und noch teurer bezahlt werden. Wohl betreiben hier fast alle Bergarbeiter neben- bei Landwirtschaft, aber das ist sicherlich kein Vergnügen. Nach der Schicht müssen wir schwer arbeiten auf dem Acker, wenn wir unseren notwendigen Bedarf an Kartoffeln und Gemüse ziehen wollen. Korn ist schon viel weniger vorhanden, es muß darum auch unser sonst gutes Brot mit Kartoffeln gestreckt werden. Im schlimmsten aber ist es, daß wir ständig befürchten müssen, unsere meist bestellten Acker werden von den Wildjähren und Hirchen verwüdet. Wenn wir uns mit Frau und Kindern schwer abge- plagt haben auf dem Acker, dann können wir es bald erleben, daß das zahresich aufstrebende Wild uns den Acker anwühlt die Saaten zerstört! Das ist doch ein skandalöser Zustand? (Schr richtig! D. H.) Voriges Jahr hat der Bezirksleiter unseres Bergarbeiterverbandes an den Regierungspräsidenten eine Ein- gabe wegen des Wildschadens gerichtet. Der Herr Regierungs- präsident antwortete, er würde für Abhilfe sorgen. Es sind auch eine Anzahl Wildjäger abgeschickt worden, aber zur Zeit ist die Plage wieder arg. Unsere ganze Ernte steht in Gefahr. Schon sind wieder große Heerden vollständig von dem Wild verwüdet worden. Abhilfe ist dringend notwendig. Auf Grund einer Ein- gabe unserer Verbandsleitung an die Bezirksverwaltung ist uns eine Feuerungszulage von 40 Pf. täglich für Frau und Kinder (pro Kopf) gewährt worden. Auch sonst sind die Löhne gestiegen. Ebenfalls ist unser Krankengeld von 2 auf 3 Mk. erhöht worden. Wenn nur nicht die unerhörten Feuerungszustände herrschten, dann könnten wir mit den Löhnen auskommen. Das Un- nehmen rühret sich recht gut. Wir erüden die Werk- leitung, in Anbetracht der Feuerungsverhältnisse wenigstens den Schichtlöhnen, die wirklich unzureichend entlohnt werden eine angemessene Zulage zu gewähren und bei der Bedingstellung mehr wie bisher auf die Vereinbarung mit den Kamerad- schaften Gewicht zu legen. Das wäre für beide Teile besser.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Forderungen im Braunkohlenrevier Altenburg- Zeitz-Weizenfels.

Die Lohnverhältnisse im vorstehend genannten Revier ge- hören mit zu den schlechtesten in ganz Deutschland. Nach der im Reichsanzeiger vom 25. März d. J. veröffentlichten amtlichen Nachweisung der in den 16 Hauptbergrevieren gezahlten Löhne rangiert das sächsische Braunkohlenrevier, dem das Altenburg- Zeitz zugehört, für die eigentlichen Bergarbeiter an 14. Stelle; für die sonstigen Bergarbeiter an 14. Stelle; für die erwerbenden Ueberlagerarbeiter an 13. Stelle und für die jugendlichen Arbeiter an 3. Stelle. Weil die Verdienste der Arbeiter ungenügend, zum Teil völlig unzureichend geworden sind, wurde in zwei Konferenzen der Vertreter der Arbeiterschaft einstimmig beschlossen, am 22. April auf sämtlichen Betrieben des Reviers durch die Arbeiter- ausschüsse nachstehende Forderungen einzureichen:

- A. Für die Grubenanlagen im Altenburger Revier.
 1. Das Gehinge der bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter soll zwischen Betriebsleitung einerseits und dem Gauer und Schlepper andererseits vor den Arbeitsorten so festgesetzt werden, daß damit in der Reinstundenschicht bei normaler Lei- stung 11 Mark verdient werden müssen.
 2. Reparaturbauern und den Bedienungsmannschaften an der Seil- und Keilbahn, ferner den Maschinisten und Heizern sollen 30 Prozent, allen volljährigen Arbeitern, welche in Schicht- oder Stundenlohn arbeiten 20 Prozent, Arbeiterinnen und Ju- gendlichen 10 Prozent Lohnzulage gewährt werden.
 3. Für Handwerker: Schmiede, Schlosser, Dreher, Klempner und sonstige Metallarbeiter soll eine Zulage von 15 Pfennig die Stunde gezahlt werden. Diese Zulage soll als Facharbeiterzu- lage gelten.
- B. Für die Grubenanlagen im Zeitz-Weizenfels Revier.
 1. Das Gehinge der bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter soll zwischen Betriebsleitung einerseits und den Gauern und Schleppern andererseits vor den Arbeitsorten so festgesetzt werden, daß damit in der Reinstundenschicht bei normaler Lei- stung 8 Mark verdient werden muß.
 2. Für alle volljährigen Arbeiter, welche in Schicht- oder Stundenlohn beschäftigt werden, soll eine Zulage von 20 Proz. für Arbeiterinnen und Jugendliche eine Lohnzulage von 10 Pro- zent gewährt werden.
 3. Für Handwerker: Schmiede, Schlosser, Dreher, Klempner und sonstige Metallarbeiter soll eine Zulage von 15 Pfennig die Stunde gezahlt werden. Diese Zulage soll als Facharbeiterzu- lage gelten.

Die bisher gezahlten Feuerungs- und sonstigen Zulagen bleiben von den Forderungen unberührt.

B. Für die Grubenanlagen im Zeitz-Weizenfels Revier.

1. Das Gehinge der bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter soll zwischen Betriebsleitung einerseits und den Gauern und Schleppern andererseits vor den Arbeitsorten so festgesetzt werden, daß damit in der Reinstundenschicht bei normaler Lei- stung 8 Mark verdient werden muß.

2. Für alle volljährigen Arbeiter, welche in Schicht- oder Stundenlohn beschäftigt werden, soll eine Zulage von 20 Proz. für Arbeiterinnen und Jugendliche eine Lohnzulage von 10 Pro- zent gewährt werden.

3. Für Handwerker: Schmiede, Schlosser, Dreher, Klempner und sonstige Metallarbeiter soll eine Zulage von 15 Pfennig die Stunde gezahlt werden. Diese Zulage soll als Facharbeiterzu- lage gelten.

Die bisher gewährten Feuerungs- und sonstigen Zulagen bleiben von den Forderungen unberührt.

Die Verschiedenartigkeit der Forderungen erklärt sich dar- aus, daß die Betriebe im Zeitz Revier eine höhere Feuerungs- zulage gewähren wie die Altenburger.

Falls die Grubengesellschaften kein Verständnis für die Not- wendigkeiten der geforderten Verdienste beweisen, sollen die zu- ständigen Schlichtungsausschüsse angerufen werden.

Da die Lage der Arbeiterschaft eine defekt ungenügende ge- worden und der Wille zur Verbesserung der Löhne im Revier allgemein ist, darf erwartet werden, daß den berechtigten Anfor- derungen der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird. Voraus-

setzung ist natürlich, daß jeder Einzelne seine volle Pflicht tut, um die gestellten Forderungen durchzusetzen.

- Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband.
- Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
- Verband der Maschinisten und Feiler Deutschlands.
- Gewerksverein S. L.

Saargebiet und Reichslande.

Von der Ruhegehaltszulage.

Auf eine Eingabe an die Königl. Bergwerksdirektion in Saarbrücken am 18. März erfolgte unterm 3. April folgende Antwort:

Die Ruhegehaltsempfänger des Saarbrücker Knapp- schaftsbereichs schon vor dem Erlasse der Bundesratsverordnung vom 5. 1. 1918 gezahlte Feuerungszulage von 5 Mark war keine knappschaftliche Leistung, auf die die Empfänger Anspruch hat- ten, sondern eine freiwillige Unterstützung seitens des Arbeit- gebers. Die staatliche Bergverwaltung hatte zu diesem Zwecke ganz erhebliche Summen zur Verfügung gestellt.

Dem Verbands dürfte bekannt sein, daß die durch die oben angezogene Bundesratsverordnung festgesetzte Rentenzulage nur einem Teil der Ruhegehaltsempfänger des Knappschaftsbereichs zufließt, daß sie eine große Anzahl von Invaliden nicht erhält und zwar vorwiegend solche, die an sich schon in ihren Renten- bezügen verhältnismäßig ungenügender gestellt sind. Wir sehen aus dem Bescheid, in der Art der Verteilung der zur Ver- fügung gestellten Mittel, die nicht überschritten werden dürfen, eine Veränderung dahin eintreten zu lassen, daß nunmehr diejen- igen Knappschaftsruhegehaltsempfänger, die weder Reichsinvaliden- status noch Invalidenartgrad, noch die jetzt gewährte Reichs- rentenzulage haben, höhere Arbeitgeberzulagen erhalten. Dies war nach dem Vorleser nur dadurch möglich, daß den jetzt am günstigsten gestellten Ruhegehaltsempfängern die Arbeitgeber- zulage nicht weiter gezahlt wurde.

Eine Erparnis ist dadurch für uns nicht eingetreten, die zur Verfügung stehenden Mittel werden nun in anderer Weise verteilt und zwar an diejenigen, die sie am nötigsten haben.

Der Herr Minister hat unseren Standpunkt gebilligt, sein Vertreter hat auch gelegentlich der zweiten Lesung des Verghaus- haltsgesetzes eine dahingehende Erklärung abgegeben.

Wir haben unter diesen Umständen davon abgesehen, die uns überlieferte zweite Ausfertigung der dargigen Eingabe an den Herrn Minister weiterzugeben. Sollten Sie trotzdem auf einer Weitergabe bestehen, so eruchen wir um Gegenüberung. gez. F u d s.

Lohnabzüge wegen Zugverpflichtungen.

Auf eine Eingabe an die Königl. Bergwerksdirektion, die Lohnabzüge bei Zugverpflichtungen betreffend, erhielten wir die Antwort:

Ueber die Grundsätze für die Lohnfestsetzungen bei Auspät- kommen infolge Zugverpflichtungen hat i. Bt. unser Berichtstat- ter für Arbeiterangelegenheiten, Bergarbeiter Deutschlands, Herrn Getterich und Herrn Esemann, ausführlich Kenntnis gegeben. Wir müssen an diesen Grundsätzen festhalten und können als Unterlage für die Lohnbestimmung lediglich die Zeit ansehen, die den Arbeitern unserer Bergverwaltung zur Arbeitsleistung am Arbeitsort zur Verfügung steht. Daß die Lohnfestsetzung in wohlwollender Weise erfolgt, so daß bei weitem der größte Teil der durch die Zugverpflichtungen anfallenden Nachteile durch un- sere Bergverwaltung getragen wird, dürfte dem Verband be- kannt sein.

gez. F u d s.

Was sollen Wöchnerinnen erhalten?

Die Kriegsamtsstelle Saarbrücken gibt unterm 12. April be- kannt:

Eingezogene Erfindigungen haben ergeben, daß Frauen in anderen Umständen vom 6. Monate an folgende Zulagen zu- fließen: 1/2 Liter Milch, sämtliche dem zu erwartenden Kinde zulehrende Karten, also Brot-, Eier- und Fleischkarten für Kinder, doppelte Seifenkarten, Kinder-Kartoffelkarten. Ferner hat die Frau Anspruch auf Lebensmittel, die für Kinder auf Warenmarken ausgegeben werden.

Kriegsamtsstelle Saarbrücken.

Zu den Antworten ist zu bemerken, daß bezüglich der Lohn- abzüge wegen den Zugverpflichtungen den beteiligten Arbeitern Schäden erspäht für den sie gar nicht können. Die Schuld liegt an dem derzeitigen, überaus unregelmäßigen Personenverkehr auf den Bahnen. Wie es zu Strafen kommt, mag unter vielen Fällen folgender Vorgang zeigen. Die Bergarbeiter aus der Falz, die Montags von St. Ingbert um 5,18 Uhr abfahren und 5,43 Uhr in Saarbrücken eintreffen, können 5,55 Uhr weiter- fahren wenn ihnen der Zug meist nicht vor der Nase weggefahr- ten wäre, auch dann, wenn der Zug von St. Ingbert noch vor 5,55 Uhr eingetroffen ist. — Den Wöchnerinnen dürfte die Ant- wort der Kriegsamtsstelle willkommen sein, denn mit ihrer Ver- sorgung steht es in vielen Bergarbeiterorten sehr schlecht.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 17. Woche (vom 21. bis 27. April 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Den Zahlstellen geht diese Woche das Zirkular Nr. 1 zu. Zahlstellen, die irrtümlich kein Zirkular zugefandt bekommen, wollen sich bitte melden.

Bibliotheken.

Sombroch. Die Verwaltung der Bibliothek hat der Kame- rad Lichte übernommen und können die Bücher jeden Sonntag vormittags von 10 1/2 Uhr an in Empfang genommen werden. Entlehene Bücher müssen bis 28 April abgeliefert sein.

Mark-Werries. Die Bibliothek befindet sich beim Vertrau- ensmann Wilhelm Michels, Bismarckstraße 26.

Mark-Werries. Als Vertrauensmann fungiert der Kamerad Wilhelm Michels in Werries bei Gamm, Bismarckstraße 26.

Sierfachs II. Die Kartellbibliothek ist vom 15. April ab bis auf weiteres geschlossen. Wer noch im Besitze von Büchern ist, will diese bitte umgehend abgeben.

Zweckel. Die Wanderbibliothek befindet sich beim Kame- raden A r n o G ü n d e l, Mozartstraße 24. Bücher können täg- lich abgeholt werden.

Bücherrevisionen.

Heben. Rom 1. bis 15. Mai. Mark-Werries. Rom 1. bis 15. Mai.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Altenkirchen (Falz): Die Krankenunterstützung wird jeden zweiten Sonntag im Monat in der Wohnung des Kassierers aus- gezahlt.

Heben. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt jeden ersten Sonntag im Monat beim Kassierer Kameraden Albert Lohmann, Bergstraße 91.

Zeitz. Das Krankengeld wird vom 1. Mai jeden ersten Sonntag im Monat bis vormittags 11 Uhr beim Vertrauens- mann E r v a r i n s F l ü g e n, Zeitz, Strayer Straße 12, ausgezahlt.